

Bericht des Präsidenten UOV Stadt Bern / Februar 2019

Allgemeines

Wiederum dürfen wir auf eine interessante Zeit zurückblicken. Die Arbeit im Vorstand und in den verschiedenen Kommissionen des Vereins funktioniert reibungslos. Als neuer Präsident ist es mir ein grosses Anliegen, dass wir die neuen Vorstandsmitglieder schnell und kompetent in ihre neuen Fachgebiete einweisen. Mein besonderer Dank geht an dieser Stelle an unseren Ehrenpräsidenten Adj Uof Ruedi Zurbrugg, der es über all die Jahre verstanden hat, den Verein kompetent und umsichtig zu führen. Ein wichtiges, ja gar überlebenswichtiges Thema wird die Korrektur der Altersstruktur sein. Nur durch Generierung eines Mehrwertes wird es uns gemeinsam gelingen, jüngere und motivierte Neumitglieder zu gewinnen. Durch gezielte Netzwerkanlässe (in Zusammenarbeit mit anderen militärischen und zivilen Organisationen) müssen wir die ausserdienstlichen Aktivitäten konzentrieren und koordinieren. Die Türen stehen offen, weitere Ideen vorzubringen! Zudem möchte ich erreichen, ohne die Vergangenheit zu vergessen, mehrheitlich und zielorientiert die Zukunft unseres Traditionsvereins, aktiv zu gestalten. Ich bin zuversichtlich, dass dies uns gelingen wird!

Air2030 – Schutz des Luftraumes

Die Schweizer Armee «verteidigt das Land und seine Bevölkerung». Um diesen Auftrag der Bundesverfassung weiterhin erfüllen zu können, muss die Luftwaffe praktisch alle ihre Mittel zum Schutz der Schweiz vor Gefahren aus der Luft erneuern. Die Kampfflugzeuge des Typs F/A-18 erreichen 2030 das Ende ihrer Nutzungsdauer, und die noch verbleibenden Tiger F-5 sind bereits heute nur tagsüber und bei guten Sichtverhältnissen für den Luftpolizeidienst einsetzbar und wären gegen einen modernen Gegner chancenlos. Bei den Systemen der bodengestützten Luftverteidigung (Bodluf)



besteht bei der grösseren Reichweite seit längerem eine Lücke. -> Am 13. Februar 2019 hat die neue Chefin VBS, Bundesrätin Viola Amherd, den Bundesrat über das weitere Vorgehen informiert. Bevor Bundesrätin Amherd dem Bundesrat einen konkreten Antrag vorlegt, will sie sich ein umfassendes Bild vom Vorhaben machen. Dazu holt sie eine externe Zweitmeinung zum Expertenbericht «Luftverteidigung der Zukunft» ein. Zudem lässt sie innerhalb des VBS eine Analyse der heutigen Bedrohungslage erstellen, um sie mit den bisherigen Einschätzungen zu vergleichen.

Die Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie kostet uns Freiheit und Sicherheit

Die EU-Waffenrichtlinie wurde nach den Terroranschlägen in Brüssel und Paris mit der Absicht erarbeitet, solche Attacken künftig zu verhindern. Dieses Ziel kann mit den neuen Verschärfungen aber nicht erreicht werden. Auch mit der von Bundesrätin Simonetta Sommaruga erarbeiteten Übernahme des EU-Rechts in Schweizerisches Recht wird kein einziges Terrorattentat verhindert. Die zahlreichen administrativen Auflagen werden die Sicherheitsorgane sogar von der wesentlichen Arbeit ablenken, weil sie vermehrt mit Papierkram beschäftigt sein werden. Zu mehr Sicherheit wird die EU-Entwaffnungsrichtlinie in der Schweiz also nicht führen.-> Abstimmen ist Pflicht! -> NEIN zum Entwaffnungs-Diktat der EU.

